



**Bürger
initiative**
Umweltschutz
Lüchow-Dannenberg

Gorleben Rundschau

Mai / Juni 2013 • # 1008 / 1009

4 Extraseiten zur
Kulturellen Landpartie
im Wendland

Endlagersuche

Und immer wieder: Gorleben!



Das Komische in der Atommüll-Politik

Nach dem „historischen Kompromiss“ verkündete Jürgen Trittin, der große alte Humorist der deutschen Politik: „Wir holen die Suche nach einem Endlager aus den Hinterzimmern!“ Dabei war es Jürgen, der mit seinem SPD-Kumpel Sigmar vor einem Jahr die Verhandlungen überhaupt erst aus der Kretschmann-Kommission in die Berliner Hinterzimmer gezogen hatte. Schwamm drüber. Jürgens Fraktion assistierte: „Eine Enquetekommission aus Politik, Wissenschaft und Gesellschaft soll bereits im Vorfeld von konkreten Beschlüssen diese Debatte organisieren!“ In Wirklichkeit wollen die grünen Witzbolde eiligst ein umfassendes „Endlagersuchgesetz“ verabschieden, bevor sich die Kommission äußern kann. Einen derart fiesen Sarkasmus muss ihnen erst mal jemand nachmachen. Den Titel „Lustigste Frühlingslerche“ allerdings hat sich der Philippsburger Bürgermeister Stefan Martus gesichert. Er will fett Randalen machen, falls Atommüll, der eigentlich in das Zwischenlager Gorleben sollte, nach Philippsburg kommt. „Bei uns dürfen nur Castoren mit Brennelementen aus unserem Kernkraftwerk eingelagert werden!“ Da müssen wir laut lachen, denn ein großer Teil des Atommülls aus dem AKW in Philippsburg wird seit Jahren nach Gorleben gebracht.

Trittin, Gabriel und Altmaier sind verdammt ausgekochte Jungs. Sie wissen genau, wie in den Wahlkreisen gedacht wird. Deshalb haben sie sichergestellt, dass die Wahlkreis-Abgeordneten in der Bund-Länder-Kommission nicht überstimmt werden können. Dort werden sie vor allem eines tun: Begründungen dafür konstruieren, dass ihre Region aus der Endlagersuche ausgeschlossen wird, Gorleben aber unbedingt reingehört. Freuen wir uns auf zwei Jahre politisches Realkabarett aus Berlin und den deutschen Provinzen.

Wolf-Rüdiger Marunde
Cartoonist

GRUSSWORT





Liebe Leserinnen und Leser,

Bund und Länder sind sich in einem Punkt in der Atommüllfrage näher gekommen: Nach Gorleben sollen (vorerst) keine Castoren mehr rollen. Nachdem die Infrastruktur des 1977 geplanten Entsorgungszentrums nahezu vollständig verwirklicht ist, wird eine Uralt-Forderung der Castorgegner auf Druck der niedersächsischen Landesregierung endlich umgesetzt: In Gorleben sollen keine weiteren Fakten geschaffen werden. Wird nun endlich alles gut?

Offenbar liegt ein Missverständnis über unsere Motive zugrunde. Nie stand allein der Zielort Gorleben im Zentrum der Kritik, vielmehr richtete sich der Protest gegen die zynische Verantwortungslosigkeit, mit der die abgebrannten Brennelemente quer durch die Lande gekarrt wurden, ob-

wohl der endgültige Zielort noch gar nicht feststeht. Nie hatten die Wendländer gefordert, den Atommüll in einer anderen Kartoffelscheune unterzustellen, vielmehr forderten sie stets die Einstellung der Atommüllproduktion und der Transporte zugunsten einer öffentlichen Debatte über das Atommüll-Desaster. Eine solche Debatte soll nun eine pluralistisch besetzte Bund-Länder-Kommission führen und dem Bundestag Empfehlungen aussprechen. Vordergründig wird damit eine wesentliche Forderung der Bürgerinitiative erfüllt. Bei näherem Hinsehen zeigen sich jedoch die alten Schönheitsfehler. Nicht nur, dass Gorleben weiter im Pool der möglichen Standorte bleibt, auch das Suchgesetz zur Legitimierung eines zukünftigen Endlagers wird beschlossen, bevor die Kommission überhaupt ihre Arbeit

aufgenommen hat. Das Pferd wird also wieder einmal von hinten aufgezäumt und welches Pferd dies sein könnte, ahnt man im Wendland schon. Um später Änderungen des jetzigen Gesetzes zu empfehlen, die Bund und Länder ohnehin nicht übernehmen müssen, bräuchte es schon eine Zweidrittel-Mehrheit in der überwiegend mit Abgeordneten besetzten Kommission. Zwei Dutzend Parlamentäre sollen hier stellvertretend die vitalen Interessen von 40 000 Generationen aushandeln, ohne dass die Ergebnisse ihrer Beratungen von der Politik überhaupt abgewartet werden. Die Bürgerinitiative findet auch das dem Problem nicht angemessen und setzt weiter auf Proteste. Denn eines ändert sich auch angesichts der garantierten „Restlaufzeiten“ deutscher Atomkraftwerke mit Sicherheit nicht: „Gorleben ist überall“.

Martin Donat, Vorsitzender der BI

IMPRESSUM

Die Gorleben Rundschau ist ein kostenloses Informationsblatt der Bürgerinitiative Umweltweltschutz Lüchow-Dannenberg e.V.

Anschrift:

Rosenstraße 20, 29439 Lüchow

redaktion@gorleben-rundschau.de

service@gorleben-rundschau.de

www.gorleben-rundschau.de

Verantwortliche Redakteure:

Andreas Conradt, Torsten Koopmann
(Anschrift wie oben)

Redaktion:

Torsten Koopmann, Jan Becker, Franziska Behn, Andreas Conradt, Andrea Hagen

Gestaltung: Andrea Hagen

Druck: Buchdruckerei Otto Dennstedt,
Lange Straße 29, 29451 Dannenberg

Auflage: 3500, gedruckt auf Recyclingpapier
„Recysatin“

GORLEBEN ODER NICHT GORLEBEN?

von Andreas Conradt und Wolfgang Ehmke



9. April – Berlin: Proteste während der Bund-Länder Gespräche zu den Rahmenbedingungen für ein neues Endlagersuchgesetz. Atomkraftgegner befürchten, dass am Ende doch Gorleben als Standort herauskommt.

Anfang April meldeten Medien und Politik unisono, der 35 Jahre schwelende Konflikt um die Atommüll-Endlagerung sei durch einen Parteienkonsens überwunden. Doch wie schon viele Male zuvor erwidert die Anti-Atom-Szene: Dieser Nonsens ist kein Konsens!

Bund und Länder haben sich auf die Grundzüge eines Endlagersuchgesetzes verständigt. „Historisch“, schwärmte Sigmar Gabriel (SPD). „Wir holen die Endlagersuche aus den Hinterzimmern“, versprach ausgerechnet Grünen-Fraktionschef Jürgen Trittin, der sich mit Gabriel und Bundesumweltminister Peter Altmaier (CDU) zu den Berliner „Küchengesprächen“ traf und damit nicht nur Anti-AKW-Initiativen verärgerte.

Diese sehen den Gesetzentwurf weit aus skeptischer, insbesondere dass Gorleben als möglicher Standort im Spiel bleibt, macht das Verfahren asymmetrisch. Zwar soll die Vorläufige Sicherheitsanalyse nun beendet werden, ihre Erkenntnisse dürfen aber später auch auf andere Standorte angewandt werden. Diese Analyse – von Atom-Lobbyist und Gorleben-Befürworter Bruno Thomauske

geleitet – passt aber natürlich am besten auf den Salzstock im Wendland, andere Standorte müssen dann zwangsläufig dahinter zurückfallen. Überhaupt stellt sich die Frage, warum in Paragraph 21 des Gesetzentwurfs Gorleben ausdrücklich erwähnt wird. „Bei einer ergebnisoffenen Suche müsste Gorleben ja gar nicht genannt werden, weil objektive Kriterien dann ohnehin auf alle denkbaren Standorte angewandt werden könnten“, sagt Wolfgang Ehmke von der Bürgerinitiative Lüchow-Dannenberg (BI). „Dieser Paragraph im Gesetz ist ein Indiz, dass der Standort Gorleben gesetzt bleibt, auch wenn das bestritten wird.“

Grundsätzlich begrüßt die BI die Einrichtung einer Bund-Länder-Kommission, wie der Gesetzentwurf sie nun vorsieht. „Die Einrichtung einer solchen Kommission war eine der zentralen Forderungen“, so Martin Donat, Vorsitzender der BI. Sie aber nicht losgelöst, sondern als Teil des Endlagersuchgesetzes zu etablieren, führt die Bedeutung dieser Kommission letztlich ad absurdum. Auch die Besetzung der 24-köpfigen Kommission wertet die BI als fragwürdig: Die Hälfte der berufenen Personen werden

Parlamentarier sein, die übrigen zwölf Sitze teilen sich vier Wissenschaftler und jeweils zwei Personen aus Atomwirtschaft, Kirchen, Gewerkschaften und Umweltverbänden. Die Mitglieder sollen einvernehmlich von Bundestag und Bundesrat gewählt werden. „Die Politik bestimmt, nicht der Sachverstand. Die Zivilgesellschaft ist völlig unterrepräsentiert.“ Bei der für Entscheidungen notwendigen Zweidrittelmehrheit werden neun Gegenstimmen genügen, um einen Antrag abzulehnen.

Solange die meisten Landesparlamente ein Endlager bei sich ablehnen, wird darum eine Einigung auf einen anderen Standort als Gorleben nicht möglich sein. Ein Mitglied der BI drückt es drastischer aus: „Es reichen neun Betonköpfe, um Gorleben zu zementieren!“ Doch selbst wenn es zur Benennung weiterer potenzieller Standorte käme, drohte die nächste Hürde: Seit Beginn der untertägigen Erkundung in Gorleben wurden die Sicherheitskriterien immer wieder dem Vorgefundenen angepasst und nach unten korrigiert. Diese aufgeweichten Kriterien gelten heute als Maßstab und würden daher auch auf andere Standorte angewandt werden. Sie zu erhöhen und beispielsweise wieder ein intaktes Deckgebirge als Kriterium zu etablieren, würde erneut eine Zweidrittelmehrheit erfordern. Auf diese Weise würde Gorleben eben doch zum Referenzstandort werden – allen Beteiligungen zum Trotz.

Die Bürgerinitiative im Wendland hat aus den genannten Gründen den Beschluss gefasst, nicht in der Bund-Länder-Kommission mitzuarbeiten. Vorsitzender Martin Donat:

„Solange Gorleben im Topf bleibt, können wir da nicht mitmachen.“ Andererseits gibt es Stimmen, die eine Beteiligung begrüßen würden. Sie erhoffen sich, Informationen aus der Kommission zu erhalten und sind der Meinung, das Feld den Gorleben-Befürwortern nicht kampfflos überlassen zu dürfen. Rebecca Harms,

Gründungsmitglied der BI Lüchow-Dannenberg und heute Vorsitzende der Grünen im Europaparlament: „Die Atommülldebatte hat endlich begonnen. Das Thema bekommt endlich eine große Öffentlichkeit. Jetzt ist Gorleben wirklich überall.“

Ein zurzeit diskutierter Kompromiss könnte darum sein, die zwei Sitze für Umweltverbände mit Gorleben-Fachleuten aus der Anti-Atom-Szene zu besetzen und sie durch Zuarbeit von außen und Proteste auf der Straße zu stärken. „Ohne Gesetz wird Gorleben sicher zum Endlager“, fasst Martin Donat das Dilemma zusammen, „mit Gesetz möglicherweise auch. Die Bund-Länder-Kommission könnte die derzeit einzige Möglichkeit sein, das noch zu verhindern.“ Als ein Contrapunkt zur Kommission könnte auch eine außerparlamentarische Kommission atomkritischer Gruppen im ganzen Bundesgebiet etabliert werden. Sie könnte in der Tat für eine größere öffentliche Wirksamkeit sorgen:

„Bei den Parlamentarischen Untersuchungsausschüssen zur ASSE und zu Gorleben haben wir wenig öffentliches Interesse bemerkt“, so Kurt Herzog von der LINKEN. Auch Kerstin Rudek, ehemalige Vorsitzende der BI, plädiert für eine außerparlamentarische Kommission: „Zusätzlich zur Enquete- wünsche ich mir diese An-kett-Kommission.“

Schon in zwei Jahren, wenn die Bund-Länder-Kommission ihre Beschlüsse vorlegt, wird es wieder auf die Frage hinaus laufen: Gorleben oder nicht Gorleben? Der Gesetzentwurf bringt also nur einen Aufschub und keine Lösung. Das ist aber auch die Chance für Umweltverbände und die Zivilgesellschaft, sich Gehör zu verschaffen und einen ehrlichen Neustart bei der Endlagersuche zu fordern.

Mit einer Petition soll Druck gemacht werden, um Kontroll- und Klagerechte der Zivilgesellschaft einzufordern und auf Gorleben als Endlagerstandort endgültig zu verzichten. *

So steht's im Gesetzentwurf

- Mit Verabschiedung des Standort-suchgesetzes werden die Castor-transporte nach Gorleben eingestellt. Bereits geplante Transporte werden auf andere Zwischenlager verteilt. Dies wird jedoch nur gelingen, wenn die betroffenen Bundesländer dem zustimmen.
- Zeitgleich mit der Verabschiedung des Gesetzes wird eine 24-köpfige Bund-Länder-Kommission „Lagerung hochradioaktiver Abfallstoffe“ eingerichtet. Deren Aufgabe wird die Klärung von Grundsatzfragen für die dauerhafte Lagerung von hochradioaktiven Abfallstoffen sein. Ihr sollen Abgeordnete, VertreterInnen von Umweltverbänden, Religionsgemeinschaften, Wissenschaft, Wirtschaft und Gewerkschaften angehören. Die Mitglieder und die oder der Vorsitzende sollen vom Bundestag mit Zustimmung des Bundesrates berufen werden. Die Kommission wird grundsätzlich öffentlich tagen und für Entscheidungen eine Zweidrittel-Mehrheit erforderlich sein.
- Nach Abschluss der Arbeit der Kommission im Jahr 2015 wird das dann schon in Kraft getretene Standort-suchgesetz im Licht der Ergebnisse evaluiert und gegebenenfalls geändert. Erst danach beginnt das weitere Verfahren. Davon unberührt sind die Fragen der Behördeneinrichtung und die Herstellung ihrer Arbeitsfähigkeit.
- Über den Standort des Endlagers wird durch Parlamentsbeschluss entschieden. Er wird ein geordnetes Genehmigungsverfahren nicht ersetzen. Der Rechtsweg soll nicht verkürzt werden und der Verursacher für die Kosten aufkommen.
- Über die wirtsgesteinsabhängigen und -unabhängigen Kriterien wird auf Grundlage der Empfehlungen der Kommission ebenfalls im Rahmen der Überarbeitung des Standortauswahlgesetzes entschieden.
- Eine vorzeitige Enteignung von Bergeigentum unterbleibt. Eine Beliehung Dritter mit hoheitlichen Aufgaben ist während Standortsuche und Genehmigungsverfahren nicht vorgesehen.

Zwischenlager Gorleben

Das „Transportbehälterlager Gorleben“ (TBL) ist ein Zwischenlager für hochradioaktive Abfälle deutscher Herkunft aus der so genannten Wiederaufarbeitung. Es befindet sich westlich der Straße von Gorleben nach Gedelitz und hat rechtlich und geografisch nichts mit dem Gelände des Erkundungsbergwerks östlich der Straße zu tun. Das Lager wird von der Gesellschaft für Nuklear-Service (GNS) betrieben. Viele Menschen glauben, dass die radioaktiven Abfälle bereits unterirdisch im Salz gelagert werden, doch dem ist nicht so: Das zentrale Gebäude auf dem Gelände ist die 182 Meter lange Lagerhalle, in der zurzeit 113 Castoren stehend aufbewahrt werden. Das Zwischenlager wurde 1983 nach zweijähriger Bauzeit fertiggestellt. Die ersten Einlagerungen fanden 1995 nach langjährigen juristischen Prozessen statt. 1996 wurden die ersten Castoren aus Frankreich in das Zwischenlager transportiert. Die als „Kartoffelscheune“ verspottete Halle bietet Platz für 420 Castoren. Sie ist das Ziel der berüchtigten Castortransporte.
Andreas Conradt *

Weitere Informationen und das Programm der diesjährigen KLP gibt's im Internet:
www.kulturelle-landpartie.de



Ein Wunde.r.Punkt der KLP 2012: Blockade der Zufahrt des Bergwerkes Gorleben.

KLP und Widerstand

Schon zum 24. Mal findet in diesem Jahr die Kulturelle Landpartie (KLP) im Wendland statt. Mittlerweile ist die Kulturveranstaltung weit über die Grenzen des Landkreises hinaus bekannt und lockt jährlich mehrere zehntausend Besucher. 1990 starteten Atomkraftgegner die heute KLP genannten Kulturtage unter dem Namen „Wunde.r.punkte Wendland.“ Man wollte sowohl die „wunden“ als auch die „wunderbaren“ Punkte im Wendland bekannter machen. Der Kampf gegen Gorleben hatte der Region eine Vielzahl „wunder“ Punkte eingebracht. „Behalten Sie den ersten Hintergrund im Kopf, wenn Sie jetzt losfahren, losradeln, loswandern um, die ‚wunderbaren‘ Punkte dieser Region zu erkunden!“ So stand es 1990 im ersten Reisebegleiter, der seitdem jährlich erscheint. Man wollte – und will immer noch – zeigen, dass das Wendland weitaus mehr zu bieten hat, als das leidige Thema Atommüll und dass es auch andere Dinge gibt, mit denen sich die Wendländer beschäftigen: ein ganz normales Leben außerhalb des Protestes gegen Gorleben!
Franziska Behn *

PROTEST-DAUERBRENNER

VOR 30 JAHREN

Mutbürger gegen den Wind

„Atomkraft? Nein Danke!“ Diese drei Worte – schon damals internationales Symbol für die Ablehnung der Atomenergie – waren in Lüchow-Dannenberg noch sechs Jahre nach der Benennung Gorlebens als Standort für ein Atommüllendlager verfeimt. „Ohne Plakette vor die Klasse“ und „Atomkraft? Nein Danke!“ gehört nicht ans Lehrerjackett“ titelte die lokale Elbe-Jeetzel-Zeitung unter anderem am 5. Oktober 1983. Der entsprechende Aufkleber auf dem Auto eines Lehrers sei „reines Privatvergnügen“. Das Fahrzeug habe deshalb nichts auf dem Schul-



parkplatz zu suchen. Zur Begründung ihrer strengen Devise „Wer nicht für unsere Ziele ist, ist gegen uns und hat hier nichts zu suchen!“ berief sich die Verwaltung des Landkreises auf die Landesregierung und diese ihrerseits auf ein Urteil des Bundesarbeitsgerichts. Im Volk aber brodelte es, und das nicht nur in der Lehrerschaft. Auch von Ärzten des Dannenberger Krankenhauses wurde unbedingte Loyalität zu ihrem Arbeitgeber, dem Landkreis, erwartet. Eine kritische Einstellung zu Gorle-

ben war unerwünscht. Viel Mut war damals nötig, seinem Gewissen zu folgen und sich auch dazu bekennen. Die „Mutbürger“, die es gewagt haben, haben schließlich dazu beigetragen, dass sich der politische Wind im Wendland drehte. Sie waren Vorbild der nachfolgenden Generationen. Ihnen sei Dank! *Marianne Fritzen* *

IN EIGENER SACHE

Wir bitten Euch um Nachricht, wenn die Zusendung der Gorleben Rundschau nicht erwünscht ist, denn das spart uns Geld. Wenn Ihr die Rundschau weiter zugesandt haben möchtet bitten wir um möglichst regelmäßige Unterstützung des Projekts.

Atommüll-Alarm

Bund und Länder haben sich Anfang April auf Grundzüge für ein Endlager-suchgesetz geeinigt. Einige Forderungen auch der Bürgerinitiative (BI) sind in den Entwurf eingeflossen. Das ist ein Erfolg. Im Großen und Ganzen bleibt aber festzuhalten: „Sie haben uns gehört, aber nicht verstanden“.

So wird zwar eine Bund-Länder-Kommission eingerichtet und damit die Debatte mehr in die Öffentlichkeit gerückt. Allerdings wird diese Kommission erst nach Verabschiedung des Gesetzes ihre Arbeit aufnehmen und sich hauptsächlich mit der Ausarbeitung des Verfahrens und nur am Rande mit den katastrophalen Fehlentscheidungen beim Bergwerk ASSE II und Gorleben beschäftigen. Genau das müsste aber der wesentliche Bestandteil einer solchen Kommission sein.

Die Empfehlungen der Kommission sollen zwar in das Gesetz einfließen, rechtlich bindend sind die Ergebnisse des Gremiums aber nicht. Auch die Zusammensetzung der Kommission macht die BI stutzig. Wieder soll auch die Wirtschaft mit am Tisch sitzen. Im Klartext heißt das, dass die Atomlobby mit entscheidet, wo ihr Müll hin soll. Dort hat man sich aber schon längst auf ein Endlager festgelegt: Gorleben.

Es könnten zwar ab der Verabschiedung des Gesetzes alle Atommülltransporte nach Gorleben eingestellt werden, doch der Atommülltourismus würde dann andersorts weiter-

gehen. Solche Transporte müssen komplett gestoppt werden, solange man nicht eine Lösung für das Problem gefunden hat. Alles, was nicht nach Gorleben geschickt wird, belastet Menschen an anderen Standorten. Das kann nicht im Interesse der BI sein. Was es für uns aber vollends unmöglich macht, den Gesetzesentwurf als Erfolg zu werten, ist, dass Gorleben weiter Teil eines Suchverfahrens bleiben soll. Es ist vollkommen unverständlich, wie eine niedersächsische Landesregierung auf der einen Seite behaupten kann, sie sei der Überzeugung, dass Gorleben als Endlager ungeeignet ist, und auf der anderen Seite einem Kompromiss zustimmt, der eben diesen Standort mit in ein Auswahlverfahren schleppt. Mit diesem faulen Kompromiss versucht die Bundesregierung, die Atommüllproblematik aus dem anstehenden Wahlkampf rauszuhalten und täuscht eine Befriedung des Themas vor.

Wir lassen uns aber nicht mit Mogelpackungen abspeisen. Wir fordern eine echte und nachhaltige Lösung. Wir werden nicht locker lassen und den Druck weiter erhöhen. Jetzt gilt es zu verhindern, dass dieses Gesetz schon vor der Debatte in der Bund-Länder-Kommission verabschiedet wird. Unsere Kampagne geht deshalb weiter. Hilf mit, indem du auf der Unterschriftenliste in diesem Heft selbst unterschreibst und mit ihr weitere Unterschriften sammelst, die du uns schickst. *Lennart Müller* ✨



Bitte schick uns die ausgefüllten Listen bis zum 1. Juni 2013 an:
Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg e. V. / Rosenstraße 20 / 29439 Lüchow

ATOMMÜLL-ALARM

Von der Anti-Atom-Bewegung ist seit Beginn der Diskussion um ein Standortwahlgesetz gefordert worden, dass eine gesellschaftliche Aufarbeitung der Erfahrungen im Umgang mit Atommüll erfolgen muss – und zwar vor Verabschiedung eines Gesetzes. Der jetzt vorliegende Entwurf des Standortwahlgesetzes dient jedoch nicht dem Ziel, einen Weg zu einem risikominimierten Umgang mit Atommüll zu entwickeln.

Der gesellschaftliche Diskurs über den Umgang und die Lagerung von Atommüll soll neuerdings durch eine „Verbändebeteiligung“ in Form einer Bund-Länder-Kommission vorge-täuscht werden. Über deren Zusammensetzung will die Politik bis zur geplanten Verabschiedung im Eiltempo entscheiden. Es ist zudem absehbar, dass die Beteiligung der Wirtschaft an der Kommission das Risiko erhöht, dass Klärungen und Erörterungen nicht ausschließlich auf der Grundlage von Risikofaktoren erfolgen, sondern auch wirtschaftliche Aspekte einen starken Einfluss haben werden. So besteht

Bundestag kann dem Bundestag der nächsten Legislaturperiode nicht vorschreiben, ein Gesetz zu ändern, und dem Bundesrat kann er erst recht nichts vorschreiben.

Und zweitens ist zwar vorgesehen, dass das weitere Standortsuchverfahren erst nach den Ergebnissen der Bund-Länder-Kommission erfolgen soll. Mit dieser Aussage wird jedoch der Eindruck erweckt, ohne die Vereinbarung könnte sofort mit der Standortsuche begonnen werden. Dies ist aber keineswegs der Fall, denn vor dem konkreten Beginn der Standortsuche müsste in jedem Fall die erforderliche Verwaltungsinfrastruktur geschaffen werden. Folgerichtig – und gleichzeitig entlarvend – heißt es darum im Gesetzentwurf, dass die Behördeneinrichtung und die Herstellung ihrer Arbeitsfähigkeit schon parallel zur Arbeit der Bund-Länder-Kommission erfolgen sollen. Wohlgedacht vor der abschließenden „Klärung und Erörterung“ von grundsätzlichen Fragen der dauerhaften Verwahrung des Atommülls. Aufbau einer Behördenstruktur „ins

Stuttgart 21 lässt grüßen. Ein grundlegender Neubeginn sähe anders aus (siehe Kasten). Die sich abzeichnende Einigung zwischen Bund und Ländern schafft stattdessen eine „Verbändebeteiligung“, die offenkundig das Ziel hat, die Beteiligung der Zivilgesellschaft zu ersetzen beziehungsweise zu umgehen. Zusätzlich wird durch die Einbeziehung der Wirtschaftsverbände die Möglichkeit geschaffen, dass ökonomische Eigeninteressen unmittelbar vertreten werden können. Das könnte wiederum die Wahrnehmung der Sicherheitsinteressen der Allgemeinheit schwächen. So ermöglicht der offenbar von allen Bundesländern akzeptierte Entwurf des Standortwahlgesetzes keinen Neuanfang der Endlagersuche und bleibt weiterhin eine politische Mogelpackung. ✨

POLITISCHE MOGELPACKUNG

Wolfgang Bischoff wirft einen kritischen Blick auf die Bund-Länder-Kommission

erneut die Gefahr, dass es zu einer „gorlebenkonformen“ Erörterung kommt. Die faktische Bedeutung, die die Politik der Bund-Länder-Kommission beimisst, kann an zwei Punkten abgelesen werden:

Obwohl die Kommission nämlich erstens die „Grundsatzfragen der dauerhaften Lagerung von hochradioaktiven Abfallstoffen“ erst erörtern und klären soll, soll bereits jetzt ein Gesetz verabschiedet werden, das den gesamten Standortsuchprozess abdecken soll. Die Ergebnisse sollen „gegebenenfalls“ dazu führen, dass das Standortwahlgesetz durch Bundestag und Bundesrat geändert wird. Das Risiko dabei: Dies ist nur ein Appell, denn die Ergebnisse der Kommission werden erst nach der nächsten Bundestagswahl vorliegen, und der heutige

Blau“? Wohl kaum! Denn die „Klärung von Grundlagen“ ist offensichtlich von vornherein mit Vorgaben verbunden. Im Gesetzentwurf heißt es, dass „über die wirtsgesteinsabhängigen Ausschlusskriterien und Mindestanforderungen (...) auf der Grundlage der Empfehlungen der Bund-Länder-Kommission ebenfalls im Rahmen der Überarbeitung des Standortwahlgesetzes entschieden“ werden soll. Die tiefe geologische Lagerung ist demnach bereits gesetzt, eine oberflächennahe Lagerung nach dem so genannten Hüte-Prinzip bereits ausgeschlossen.

Vieles deutet darauf hin, dass die Bund-Länder-Kommission darauf angelegt ist, bereits getroffene Richtungsentscheidungen zu bestätigen und gleichzeitig gesellschaftliche Auseinandersetzungen zu befrieden.

Voraussetzungen für eine echte Bürgerbeteiligung

- Aufarbeitung der gescheiterten Endlagersuche
- Einbeziehung aller Arten von Atommüll und daraus resultierend Stopp aller Planungen, Vorbereitungen und Arbeiten in „Schacht Konrad“ und „Morsleben“
- Erst Diskurs, dann Gesetz über einen risikominimierten Umgang mit atomaren Abfallstoffen einschließlich ihrer langfristigen Lagerung
- Einbeziehung der Zivilgesellschaft und der gesellschaftlichen Gruppen, die zur Erlangung dieses Ziels einen Beitrag leisten können
- Keine Beteiligung von vorbelasteten Gruppen oder solchen mit ökonomischen Interessen
- Einführung von „Rücksprungmöglichkeiten“ innerhalb des Standortwahlverfahrens, gegebenenfalls mehrere Phasen des Suchprozesses
- Gesetzliche Absicherung des Verbands- und Individualklagerechts in allen Phasen



Das hatte es bisher noch nicht gegeben: Statt, wie alle Ministerpräsidenten zuvor, einen großen Bogen um den Gorleben-Widerstand und die Causa Gorleben zu machen, haben der neue niedersächsische Ministerpräsident Stephan Weil (SPD) und sein grüner Umweltminister Stefan Wenzel von sich aus ein Gespräch mit dem wendländischen Widerstand angeboten. Kurz nach der in Politik und Presse als „historischen Erfolg“ gefeierten Vereinbarung über den Neuanfang bei der Endlagersuche stellten sie sich in Lüchow dem Gespräch. Dafür gab es von den 200 Menschen im Saal Beifall und Anerkennung. Doch in der Sache hagelte es Kritik. Das Endlagersuchgesetz und der Parteienkonsens wurden zerpfückt. „Die Vereinbarung ist bei näherer Betrachtung zwar ein Bruch, nur leider ein Wortbruch, denn eine ergebnisoffene Endlagersuche kann es nur geben, wenn Gorleben als Standort

nicht offen gesetzt und heimlich als Referenzort gehandelt wird“, sagte BI-Sprecher Wolfgang Ehmke. Vor der Landtagswahl hatten SPD und Grüne in Hannover zugesagt, keiner Endlagersuche zuzustimmen, bei der Gorleben im Topf bleibt. „Nach der Wahl“, so Umweltminister Wenzel, „haben wir uns aber einer Phalanx von 16 Ländern und vier Bundestagsfraktionen gegenübergesehen, die längst einen Entwurf zum Endlagersuchgesetz fertig hatte, der den Weg nach Gorleben eher ebnete.“ Er und Ministerpräsident Weil zweifeln daran, dass ein kategorisches Nein zu der von der BI geforderten weißen Landkarte ohne Gorleben führen würde. Weil verwies zudem auf eine ganze Reihe von „Giftzähnen“, die durch Niedersachsen herausverhandelt worden seien: Enteignung von Grund und Boden, Privatisierung der Endlagerung, Konzentration von Zuständigkeiten. Hineinverhandelt wor-

den seien stattdessen Klagemöglichkeiten und der Entfall weiterer Castortransporte nach Gorleben. „Seit 35 Jahren gibt es nun erstmals eine transparente, pluralistische und rationale Diskussion um die Endlagerung von Atommüll.“

Dem mochte BI-Vorsitzender Martin Donat noch zustimmen, doch er warnte vor dem sprichwörtlichen Sturm im Wasserglas: „Jetzt, wo das Gesetz noch nicht beschlossen ist, ist der Strauß offen und es gibt diese Diskussion. Aber wenn das Gesetz erst einmal verabschiedet ist, endet die Debatte abrupt.“ Das sah auch Heinz Smital, ein Atomexperte bei Greenpeace, so: „Warum diese Eile? Warum erst das Gesetz und dann die Bund-Länder-Kommission? Das ist unsinnig! Man zieht doch auch nicht die Socken über die Schuhe.“

Die Kritik entzündete sich auch an der Zusammensetzung der Bund-Länder-Kommission, deren Mitglieder von den Parteien bestimmt werden sollen und die sich die Hälfte der 24 Sitze untereinander aufteilen. „So wird ein Standort, der nicht geeignet ist, fortgeschleppt und in einem vergleichenden Verfahren wieder aus dem Hut gezaubert“, wurde Weil und Wenzel vorgehalten. „Das ist kein Neubeginn. Ein solches Gesetz darf von Niedersachsen nicht unterschrieben werden“, gab Martin Donat den Politikern mit auf den Weg, „denn wenn man erst im falschen Zug ist, nützt es nichts, gegen die Fahrtrichtung zu laufen!“ *Andreas Conrad* ✨

Castor-Kakophonie

Einen Tag nach dem „guten Geist“ der Bund-Länder-Gespräche (Altmaier) kam der Fall: Bei der Frage, wohin mit den ausstehenden 26 Castor-Behältern brach der Länderegoismus wieder hervor. Als Zeichen, dass die Endlagersuche nicht nur auf Gorleben fokussiert, sollen die Castoren in Zwischenlager in den Bundesländern kommen. Baden-Württemberg und das Schleswig-Holstein hatten ihre grundsätzliche Bereitschaft erklärt, alle anderen Länder wiesen die Anfrage zurück. So wurden Philippsburg und Brunsbüttel genannt, aber auch Biblis in Hessen. Inzwischen ist Robert Habeck, der schleswig-holsteinische Energiewendeminister,

ernüchert: Keinesfalls sei er bereit, die Last allein zu tragen. Brunsbüttels Bürgermeister ist empört, und auch die Stadt Philippsburg will keinen fremden Atommüll im Zwischenlager. „Wir würden zivilen Ungehorsam leisten und dagegen auf die Straße gehen“, sagte CDU-Bürgermeister Stefan Martus. Die CDU in Baden-Württemberg hält eine neuerliche Endlagersuche ohnehin für einen Rückschritt. „Eigentlich waren wir schon weiter. Wir hatten Gorleben“, sagte Fraktionsvorsitzender Peter Hauk. Der Lobbyverband „Deutsches Atomforum“ wehrte sich zugleich gegen neue Kosten durch das Prüfen von Alternativen zu Gorleben.



4. April 2013: Pressekonferenz atomkritischer Initiativen und Verbände zum geplanten Endlagersuchgesetz von Bundesumweltminister Altmaier (CDU) und dem Plan der niedersächsischen Landesregierung, eine Kommission mit den Grundfragen der Endlagersuche zu betrauen.

Geologie verbietet weitere Erkundung

Vor 36 Jahren wurde Gorleben als Atomendlager per Handstreich ausgewählt. Die Geologie wurde mit nur 12,8 Prozent bewertet. Das musste sich rächen:

So gibt es Gase im Rotliegend-Sandstein in 3500 Metern Tiefe und damit unter dem künftigen Lagerbereich. Im Juli 1969 verursachte dieses Gas eine Explosion, bei der es sogar einen Toten gab.

1980 wies der Geologe Prof. Dr. Dumphorn im Auftrag der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe (BGR) die „Gorlebener Rinne“ aus der Elster-Eiszeit nach – eine geologische Rinnenbildung über dem Salzstock. Daraufhin warf die BGR Prof. Dumphorn eine „Überinterpretation der Situation im Quartär“ vor – und beauftragte ihn nicht mehr.

Auf Bewegungen in tektonischen Störungszonen stieß

der Geologe Werner Stackebrandt im Jahr 2004. Hinzu kommt, dass bei künftigen Eiszeiten alte Bruchstrukturen aufgrund der Eislast bevorzugt reaktiviert werden. Dabei können sogar Erdbeben nicht ausgeschlossen werden. Erst 2010 veröffentlichte Akten der BGR belegen, dass im Salzstock ein bis zu eine Million Kubikmeter großes Wasserreservoir eingeschlossen ist – etwa der dreifache Inhalt der Hamburger Binnenalster. Fachleuten der BGR stellte sich die „Frage nach Wegsamkeiten“, wie sie in der Asse zu einem Laugenzufluss von täglich rund zwölf Kubikmetern geführt haben.

Salz als Endlagermedium ist ohnehin umstritten: Günstig sind seine hohe Wärmeleitfähigkeit und Plastizität, eine geringe Porosität und Durchlässigkeit. Negativ dagegen die hohe Wasserlöslichkeit und die geringe Rückhaltfähigkeit von Radionukliden. Auch die korrosive Wirkung auf die Einlagerungsbehälter



Deutlich sichtbar treten Kohlenwasserstoffe ins Bergwerk in Gorleben ein.

und die Gefahr der radiolytischen Zersetzung durch die Strahlung sprechen gegen Salz. Zuletzt wurde auch noch poröses Salzgestein, das Wasser und Gas durch den Salzstock transportiert, entdeckt.

Würde von diesem Anhydrit ein Strang vom Salzspiegel bis in den Einlagerungsbereich festgestellt, so könnte Strahlung in die Biosphäre gelangen. Das wäre nach bisheriger Einordnung der Risiken das Ende des Projekts. *Andreas Conradt* ✨

BI AKTIV

Ökologische Filmreihe:

Im März feierte die „Ökologische Filmreihe“ mit dem Film „Leben mit der Energiewende“ Premiere. Sie ist eine Kooperation des Kulturvereins Platenlaase und der BI Lüchow-Dannenberg und hat zum Ziel, jeden Monat einen Film zu einem Umwelt-Thema zu zeigen. Neben der Aufklärung ist ein weiteres zentrales Element der Kooperation, den Besuchern Handlungsmöglichkeiten anzubieten.

Anfang April wurde der Film „Gasland“ gezeigt, der sich mit den Folgen des Frackings auseinandersetzt. Vor Ort war die neu gegründete Arbeitsgruppe der BI gegen das Fracking, die als Anlaufstelle für Fragen und Aktivitäten zur Verfügung stand.

Besuch des neuen Landesumweltministers: Am 20. März besuchte Stefan Wenzel (Grüne) das Wendland. Auf Einladung der Bäuerlichen Notgemeinschaft und der BI stellte sich der Minister einer Diskussion, in

der er beteuerte, dass der Salzstock in Gorleben für ein unterirdisches Atommülllager ungeeignet sei. Die Anwesenden forderten den Minister auf, diese Position auch klar in den Gesprächen mit Bundesumweltminister Altmaier (CDU) zu nennen. Die Äußerungen aus dem Wahlkampf dürften nicht einem voreiligen Kompromiss zum Opfer fallen.

Bund-Länder-Gespräche: Nach bekannt werden des Konsens' zwischen Altmaier und den Vertretern Niedersachsens, Weil und Wenzel, (Hintergründe liefert diese Ausgabe) war es an der Zeit, Protest dagegen nach Berlin zu tragen. Im Rahmen der Bund-Länder Gespräche Anfang April zur Entwicklung eines Gesetzes für ein Atommülllager brachten Anti-Atom-Initiativen ihre Ablehnung an dem Verfahren deutlich zum Ausdruck. Einige Tage später machte die BI in einen öffentlichen „Ratschlag“ in Dannenberg deutlich, wo zwar die rot-grüne Handschrift Niedersach-

Aktionen und politische Arbeit

sens deutlich wird, wie widersprüchlich aber der Gesetzesentwurf ist und warum es doch auf Gorleben hinausläuft.

Tschernobyl-Jahrestag: Vor 27 Jahren ereignete sich der Unfall in Tschernobyl. Noch heute ist die Strahlenbelastung gegenwärtig. Erhöhte Werte bei erlegten Wildschweinen oder bei Pilzen aus Süddeutschland sind wiederkehrende Mahnungen an diesen GAU. Die BI beteiligte sich deshalb an der Protestmeile rund um das AKW Brokdorf und rief zu einer Mahnwache in Gorleben auf. Im Gedenken an die Opfer ist es unsere Pflicht, den Protest und Widerstand immer wieder an die Orte der Bedrohungen zu tragen. Weiterhin fordern wir: „Abschalten vor dem GAU!“ *Torben Klages* ✨

Aktuelle Informationen gibt's hier:
www.bi-luechow-dannenberg.de

Traumergebnisse in Trebel



Der neue Vorstand der Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg e. V. nach der Mitgliederversammlung im Restaurant „Bauernstuben“ in Trebel. Von links: Günter Hermeyer, Klaus Longmuss (Kasse), Martin Donat (Vorsitz), Franziska Behn, Anja Meyer, Wolfgang Ehmke (Presse)

Bei der Mitgliederversammlung der Bürgerinitiative am 24. März wurde deutlich, dass die Mitglieder mit der Arbeit des Vorstands im abgelaufenen Jahr zufrieden waren. Im Saal der Bauernstuben in Trebel wurde vielfach gelobt und geklatscht. Beindruckend waren die ausführlichen Berichte der verschiedenen Arbeitsgruppen und der sehr fundierte Kassenbericht. Bei der anschließenden Wahl des neuen Vorstands wurden alle Kandidatinnen und Kandidaten praktisch einstimmig und nur mit Enthaltung der jeweils Betroffenen gewählt. Nicht wieder angetreten waren Heiko Jäger, Andreas Conradt, Torben Klages und Lennart Müller. Sie bleiben der BI jedoch durch beratende Tätigkeit, in Arbeitsgruppen oder als Angestellte erhalten. *Andreas Conradt*

KOMMENTAR

Drei Mann in einem Boot

Das ging schnell. Kaum hatte die neue Landesregierung in Niedersachsen sich gegen das Verbleiben Gorleben im Standortsuchgesetz für Atommüll ausgesprochen, kaum war der Koalitionsvertrag fertig geschrieben, reisten Ministerpräsident Stephan Weil und sein Umweltminister Stefan Wenzel nach Berlin, um mit Bundesumweltminister Peter Altmaier einen Gesetzesvorschlag auszukungeln, der Gorleben nicht ausschließt. Geschuldet ist dieser Kompromiss wohl der nahenden Bundestagswahl, denn Ziel ist, die Gespräche über eine Standortsuche zeitnah abzuschließen, damit der Gesetzentwurf eingebracht und noch vor der Sommerpause verabschiedet werden kann. Offensichtlich soll die Atommüllfrage nicht den Wahlkampf stören. Deshalb muss Gorleben aus dem Brennpunkt verschwinden. Um die Zustimmung von Niedersachsen zu erwirken, hat Altmaier mit der Landesregierung einen Kompromiss ausgehandelt, der die Einrichtung einer Enquete-

Kommission vorsieht. Sie soll Grundsatzzfragen für die dauerhafte Lagerung von hochradioaktivem Abfall erörtern und klären. Nachdem 2015 die Ergebnisse der Kommission feststehen und das Gesetz gegebenenfalls geändert worden ist, soll das weitere Verfahren beginnen. Von vornherein soll hier also ein Gesetz verabschiedet werden, für das die Grundlagen noch fehlen. Ein Gesetz mit ungewissem Ausgang. Fragwürdig ist zudem, dass das Parlament dieser Legislaturperiode einem späteren Parlament die Aufgabe erteilt, dass sie ein Gesetz zu ändern hat. Dabei könnten für die Kommission Wirtschaftler ausgewählt werden, die die Probleme mit verursacht haben; Wissenschaftler, die von dieser Wirtschaft Forschungsaufträge finanziert bekommen haben oder Politiker, die sich ihre Empfehlungen selbst aussprechen. Sinnvoller wäre es, dem Gesetz eine öffentliche Atomdebatte vorzuschalten. Stattdessen wird an dem längst gescheiterten

Konzept einer tiefengeologischen Lagerung von Atommüll festgehalten. Unsinnig ist es, eine Kommission einzurichten, deren Aufgabe darin besteht, an dem fragwürdigen Konzept der Tiefenlagerung weiterzubasteln, einen Kriterienkatalog von geologischen „Mindestanforderungen“ aufzustellen, der Gorleben letztendlich aus- oder einschließt. Das Resultat dieses Gesetzesvorschlags ist kein sachbezogenes Ergebnis, sondern ein Scheinkonsens, der wahltaktischem Kalkül geschuldet ist.

Die brisante Frage der Atommüllverwahrung, auf „Mindestanforderung“ gestützt, ist dabei der Dreieinigkeit dieses neuen Männerbündnisses zum Opfer gefallen. *Antonia Uthe* ✨

Auch hier gibt's Infos:
www.indymedia.org
www.contratom.de
www.wir-gegen-fracking.de

DEUTSCHLANDS ATOMMÜLL-DESASTER

Jan Becker im Gespräch mit dem Diplom-Physiker Wolfgang Neumann

Mit jedem Betriebstag der letzten neun Atomkraftwerke wächst der Berg an Atommüll, für den es bis heute keine Endlagerlösung gibt. Wie groß das deutsche „Atommüll-Desaster“ tatsächlich schon ist, beschreibt Wolfgang Neumann, Atomexperte und Gutachter, im Interview – und plädiert für eine möglichst rasche gesellschaftliche Debatte über den künftigen Umgang mit dem Strahlenabfall.

GR: „Lieber Wolfgang, Deutschland diskutiert seit Monaten über eine „Lösung für den hochradioaktiven Atommüll“. Um welche Mengen geht es eigentlich, wo befindet sich der Müll heute und in welchem Zustand ist er?“

WN: „Es geht um rund 30 000 Kubikmeter nach POLLUX-Konzept für die Endlagerung verpackten hochradioaktiven Atommüll. Anders ausgedrückt knapp 1700 unterschiedliche CASTOR® mit bestrahlten Brennelementen und knapp 140 CASTOR® mit Kokillen. Dieser Müll befindet sich – soweit schon angefallen – in den zwölf AKW-Standort-Zwischenlagern sowie in Gorleben, Ahaus und Greifswald. Dazu kommen etwa 3500 Behälter mit anderen wärmeentwickelnden Abfällen, die sich in Karlsruhe befinden bezie-

hungsweise die erst bei der Konditionierung der Brennelemente und Kokillen anfallen.“

GR: „Die bisherigen Zugängen berücksichtigend, wären das also mehrere Hundert Castortransporte. Worin siehst Du bei dieser Mengenbilanz das größte Problem?“

WN: „Mit diesen Abfällen ist ein sehr großes Gefahrenpotenzial verbunden. Der Zeitraum der oberirdischen Lagerung sollte deshalb begrenzt sein.“

GR: „Castorbehälter halten wohl keine Ewigkeit, es braucht also irgendwann eine „Lösung“ für den Inhalt. Wann wird Handlungsbedarf notwendig? Ist Eile geboten?“

WN: „Handlungsbedarf besteht jetzt schon. Mindestens für einen Teil der bisher ins Gorlebener Zwischenlager eingelagerten Behälter wird der bisher maximal zulässige Zwischenlagerzeitraum von 40 Jahren überschritten werden, da kein Endlager zeitgerecht zur Verfügung stehen wird. Deshalb müssen jetzt Überlegungen zum Umgang mit den lange lagernden CASTOR® angestellt werden, und die breite gesellschaftliche Diskussion zur Endlagerung sollte

ohne weitere Verzögerung begonnen werden – bevor ein Suchgesetz verabschiedet wird.“

GR: „Die Bundesregierung plant, Castortransporte künftig nicht mehr nach Gorleben zu bringen. Was sind realistische Alternativen?“

WN: „Die eine Alternative, den Müll an den Wiederaufarbeitungsstandorten zu lassen, wäre aus meiner Sicht verantwortungslos. Es bleibt nur, die noch ausstehenden Behälter verursachergerecht auf die AKW-Standorte aufzuteilen. Das ist jedoch politisch brisant.“

GR: „Ein Castorzug soll noch aus der Wiederaufbereitungsanlage La Hague in Frankreich kommen. Worum handelt es sich genau, und wann ist damit zu rechnen?“

WN: „Es handelt sich um verglaste Spül- und Dekontaminationslösungen aus verschiedenen Anlagenteilen in La Hague. Die Kokillen haben die gleiche Form und Größe wie die hochradioaktiven Glaskokillen. Allerdings sind das Radioaktivitätsinventar (mit Ausnahme von Plutonium, Uran und Neptunium), die Strahlungsintensität und die Wärmeabgabe bei diesen neuen Kokillen (CSD-B) deutlich geringer. Es handelt sich um mittlerradioaktiven Abfall. Die mittlerradioaktiven Kokillen sollen bis 2015 in 5 CASTOR® HAW 28M nach Gorleben gebracht worden sein. Bis vor kurzem wurden hierfür noch 22 Behälter angegeben. Wie diese deutliche Verringerung zustande kommt, ist öffentlich bisher nicht bekannt. Übrigens: Ab 2015 sollen dann noch 21 CASTOR® HAW 28M mit hochradioaktiven Kokillen aus Sellafield kommen.“

Wolfgang Neumann ist Verfasser der BI-Broschüre „Entsorgungsfiasco – Eine aktuelle Atommüll-Bilanz,“ die für 3 Euro über das BI-Büro oder auf der Webseite www.bi-luechow-dannenberg.de zu beziehen ist.



BI fordert das Ende des Atommülltourismus'

Die Ankündigung, es gäbe bei einer Einigung auf ein Endlagersuchgesetz auch einen Stopp von Castor-Transporten, steht aus Sicht der BI auf tönernen Füßen. Geplant ist bis 2015 ein Transport von fünf Castoren mit mittelaktiven Abfällen aus La Hague, drei weitere Züge mit je sieben Castoren sollen ab 2015 aus dem britischen Sellafield nach Gorleben rollen. Die Anträge dazu befinden sich derzeit in der Prüfung.

„Es gibt nirgendwo eine Genehmigung für die Einlagerung dieser Abfälle aus La Hague und Sellafield, deshalb stellen wir uns auf weitere Transporte und entsprechende Großaktionen dagegen ein“, unterstreicht BI-Sprecher Wolfgang Ehmke. Die Gorleben-Gegner wenden sich prinzipiell gegen die Fortsetzung des „Atommülltourismus.“ „Wir sind strikt dagegen, dass andere Lagerstätten angefahren werden. Bis zu einem Ergebnis bei der Endlagersuche muss der Müll bleiben, wo er ist, und dafür lohnt es politisch bei den Bund-Länder-Gesprächen zu streiten“, so Ehmke. Der grüne Kieler Umweltmi-

nister Robert Habeck hatte Ende März Brunsbüttel für die Sellafield-Transporte ins Spiel gebracht.

Geschäftsmodell Gorleben

Die Bund-Länder-Kommission, deren Ehrgeiz es ist, bis zur Sommerpause ein Endlagersuchgesetz auf den Weg zu bringen, hat den Kern ihres Auftrags noch gar nicht in Angriff genommen, moniert die Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg (BI). Sie verweist darauf, dass die Finanzierung des Atommülldesasters „ein völlig unbestelltes Feld“ ist. Es ist überfällig, einen öffentlich-rechtlichen Fonds dafür einzurichten, in den die Atomstromproduzenten ihre steuerfreien Milliardenbeträge einzahlen. Diese belaufen sich auf rund 30 Milliarden Euro. „Auch Stromkonzerne können Pleite gehen oder ihr Geschäftsfeld wechseln“, sagte BI-Sprecher Wolfgang Ehmke. „Dass bei der Endlagersuche Gorleben trotz der geologischen Mängel immer noch gehandelt wird, hat auch ökonomische Gründe“, unterstreicht die BI. „Das Geschäftsmodell Gorleben, bei dem die Konzerne auf der einen Seite 1,6

Milliarden Euro ausgegeben haben, auf der anderen Seite sich aber beim Vorhabenträger, der DBE (Deutschen Gesellschaft zum Bau und Betrieb von Endlagern für Abfallstoffe) zu 75 Prozent eingekauft haben, sich den Großteil der Investition wieder in die eigene Tasche stecken, ist einer der handfesten Gründe, warum an Gorleben festgehalten wird“, ist sich BI-Sprecher Wolfgang Ehmke sicher. „Wir können immer nur wieder davor warnen, den fünften vor dem ersten Schritt zu gehen, ein Gesetz muss Resultat einer gründlichen Beratung der Causa Atommüll sein“, so die BI.

UNTERSTÜTZUNG ERBETEN

Im Juni beginnt die Prozessreihe wegen der Geschehnisse beim Halt in Morsleben im Rahmen des Anti-Atom-Trecks nach Berlin im Jahre 2009.

WANN UND WO?

10., 14. und 17. Juni, jeweils um 9.30 Uhr am Landgericht Magdeburg, Halberstädter Straße 8, Saal 5

CASTOR ist die Abkürzung für „cask for storage and transport of radioactive material“, also „Behälter zur Aufbewahrung und zum Transport radioaktiven Materials“.

CASTOR ist ein international geschützter Markenname der Gesellschaft für Nuklear-Service (GNS).

Die Castor-Behälter eignen sich zur Zwischen-, nicht aber zur Endlagerung. Dafür muss der radioaktive Inhalt in Pollux-Behälter umgepackt werden. Diese Spezialbehälter für die Endlagerung abgebrannter Brennelemente aus Atomkraftwerken.

Diese Art der Verpackung von Brennelementen in den Behältern gilt zurzeit als Referenzkonzept für die direkte Endlagerung; daneben wird auch die Verpackung in den so genannten Brennstab-Kokillen als Option diskutiert.





ALLES WAR PLÖTZLICH POLITISCH

Nach dem Umzug ins Wendland hoffte sie auf ein ruhiges Rentnerinnendasein. Doch dann wurde ihre neue Heimat über Nacht zum Atomklo deklariert, und sie wurde aktiv im Widerstand. Zusammen mit ihrem Ehemann hat Marianne von Alemann die INI 60 ins Leben gerufen. Von Ingrid und Werner Lowin

„Zerstörte Straßen kann man reparieren, einen Atomunfall nicht!“ Dieses Zitat war ein Baustein, mit dem die Bezirksregierung Lüneburg im Jahr 2001 in einer Allgemeinverfügung das weiträumige Demonstrationsverbot zu rechtfertigen versuchte. Kein Terrorist, kein Chaot, sondern Marianne von Alemann, die über 17 Jahre hinweg Sprecherin der

INITIATIVE 60 gewesen war, vertrat und vertritt noch heute als 84-Jährige diese deutliche Position.

Unmittelbar vor der Benennung Gorleben zum Standort eines nuklearen Entsorgungszentrums wollte sie gemeinsam mit Wilhelm von Alemann nach dessen Frühpensionierung als Bauingenieur aus Düsseldorf in das politisch ruhige Naturparadies Wendland ziehen. Bis dahin war Marianne mit voller Leidenschaft Hausfrau und Mutter von drei Kindern gewesen. „Ich war zwar interessiert, aber niemals vorher politisch aktiv!“ Das hat sich, wie sie in einem Gespräch in ihrem idyllischen Haus in Prezier schildert, aber dann sehr schnell geändert. „Gerade nach unseren Erlebnissen in der Nazi-Zeit waren wir schockiert, wie hier die Demokratie, die bürgerlichen Rechte mit Füßen getreten wurden.“

Nach dem Motto „Bleibe im Lande und wehre dich täglich!“ haben Marianne und Wilhelm ihren Entschluss nicht korrigiert und sind beide statt in den Ruhestand auf die Straße und in den Widerstand gegangen. „Wat mutt, dat mutt!“

Wilhelm kaufte sich mit 59 Jahren noch einen Schlafsack, zog in die Freie Republik Wendland ein und erfuhr bei der Räumung des Hütten dorfs 1004 gerade auch wegen seines Alters und der starken Kriegsverletzung besonderes mediales Interesse. Aber auch außerhalb des Medienfokus' war er bis zu seinem Tod im Jahre 1998 aktiv, unter anderem als langjähriger Kassenswart der BI. „Als wir den Entschluss gefasst hatten, unsere Umzugspläne nicht aufzugeben, gab es für uns beide so gut wie kein Privatleben mehr. Alles, unsere Gespräche, Aktivitäten und unsere Beziehungen, waren plötzlich politisch.“ Diese Gemeinsamkeit im politischen Engagement hat Wilhelm und Marianne Kraft gegeben und Spaß gemacht.

Als sich in den Neunzigerjahren die ersten Castortransporte ankündigten, haben Marianne und Wilhelm mit mehr als 30 anderen die INITIATIVE 60 ins Leben gerufen. In einer ersten Zeitungsanzeige kündigten sie 1992 an:

„...Wir werden lange vor der Polizei auf der Straße sein. Und wir werden vermutlich schon lange tot sein, wenn junge Polizeibeamte die ersten Strahlenschäden an sich feststellen. Wenn der Castor kommt, werden wir in der ersten Reihe stehen.“ Heute

gibt es die INI 60 immer noch, zwar mehr als INI 85, aber immer noch aktiv. So feierte im letzten Jahr ein Ehepaar seine „40 Jahre Wendland“ mit vielen Gästen bei einem „Blockade-Brunch.“

Während ihrer langen Zeit als Sprecherin der INI 60 – in vielen Fernsehsendungen und Talks – war Marianne von Alemann nur einmal sprachlos: In einer Podiumsdiskussion in Lüneburg beklagte sie sich über das brutale Vorgehen gegen Baumbesetzer, worauf ein Offizier der Bundeswehr entgegnete, sie solle sich mal nicht so haben, sie hätten die Protestler ja auch herunterschießen können. „Da bin ich aufgestanden, habe das Podium und den Saal verlassen.“

Als ein Sprachrohr des wendländischen Widerstandes führte Marianne immer wieder unterschiedliche Gruppen wie zum Beispiel Jugendgruppen der IG Metall zu den Gorlebener Anlagen und machte deutlich, dass Gorleben eben kein regionales Problem ist. Nach dem Tod von Wilhelm, den sie über Jahrzehnte hinweg zu Aktionen und Blockaden fahren musste, haben Hüft- und Knieoperationen ihre eigene Mobilität vollständig eingeschränkt. Sie musste sich aus dem aktuellen Geschehen zurückziehen, aber das Feuer des Widerstandes ist nicht erloschen. Auch wenn der Widerstand heute sicher schwieriger ist, weil er politisch weichgespült wird, wünscht sie sich „viele junge Menschen, die den Ernst der Lage sehen und mit Geduld, Phantasie, aber auch Spaß weiter Widerstand leisten.“

Wir haben Marianne von Alemann beim Abschied versichert: „Diese jungen Menschen gibt es, und wir werden sie auch in ihrem Sinne unterstützen!“ ✨

Richtigstellung

Das Zusammentreffen technischer Probleme und Unachtsamkeit des Autors haben an dieser Stelle der letzten Ausgabe der Gorleben Rundschau (März/April 2013) dazu geführt, dass in dem Artikel über Adi Lambke Passagen aus Texten von Mathias Edler (Greenpeace) und Herbert Waltke wörtlich übernommen und dennoch unter meinem Namen veröffentlicht wurden. Dies geschah unabsichtlich. Als Verantwortlicher für diesen Fehler möchte ich Mathias und Herbert um Verzeihung bitten.
Andreas Conradt



BLICKWEXEL

Ein gewichtiger Grund für die Entstehung der Kulturellen Landpartei (KLP) war, dass viele Wendländer nicht mehr länger eine Marionette der Politik sein wollten und nur dann ihrem Protest Ausdruck verleihen, wenn gerade wieder etwas in Gorleben passierte. „Man wollte Form, Ort und Inhalt des Protestes selbst bestimmen“, so erklärt Michael Selig, Urgestein der KLP, die Motivation, aus der heraus Ende der Achtzigerjahre die ersten Kunstaktionen entstanden. Doch schon bald wollte man sich von der Ausrichtung auf eine rein politische Veranstaltung trennen. Im Gegenteil, man wollte zeigen, dass zwar alles politisch motiviert, aber eben doch auch eine Kunstveranstaltung ist. Der Übergang von den „Wunde.r.punkten“ zur „Kulturellen Landpartei“ war damit vollzogen.

Verschiedene Flyer, Infobroschüren, T-Shirts und andere wendländische Widerstandsartikel können im BI-Büro telefonisch bestellt werden. Weitere Artikel findest Du auf unserer Internetseite!

www.bi-luechow-dannenberg.de

Hallo, ich bin es: vier Tonnen, zwei Achsen. Maße: 8,20 x 2,50 x 4 Meter – ein LKW-Anhänger. Es war das Jahr 2000, als mich Uwe und Gerhard bei der Firma Süßmilch in Street beguckten und für wenig Geld vom Speditionsgelände weg kauften.

Personal und immer wechselnden Treckern werde ich an Protestorten entlang der Castor-Transportstrecke eingesetzt. Ich bin die Bühne, von der Demonstranten mit Musik und Informationen versorgt werden. Auf meiner Ladefläche standen viele

Castor an uns vorbei fuhr. Ich habe die Entschlossenheit, Kraft und den Zusammenhalt der Menschen, die sich für ein Leben ohne Atomkraft einsetzen, gespürt. Stolz, beherzt und mutig rumpelte ich an kilometerlangen Polizeiketten vorbei, über Straßen, Feld- und Schleichwege, bei Sonnenschein, Wind und Regen. In diesem castorfreien Jahr und weil einfach nix mehr bei mir funktionierte, wurde ich in eine Werkstatt gebracht. Runderneuerung hieß es. Der Schrauber, der sich an mir zu schaffen machte, war ganz okay. Doch schon nach kurzer Zeit machte er immer wieder ein sorgenvolles Gesicht, nahm das Telefon und sagte so etwas wie: „Die Bremsen sind durch“ oder „Das Teil ist auch Schrott...“ Ja und dann hat er doch weitergebastelt, geschweißt und geschraubt. Ihr ahnt schon, wie die Geschichte endet und was jetzt kommt. Aber erst die gute Nachricht: Ich bin jetzt runderneuert! Ich kann und darf wieder losfahren und meinen Teil für den Widerstand beitragen. Die schlechte Nachricht ist, dass die Werkstatt ihre Rechnung an die BI geschickt hat. Mensch ist mir das peinlich, ein vierstelliger Betrag! Wie soll ich das nur wieder gut machen? Wenn ihr also etwas für mich übrig habt und euer eigenes Auto nicht gerade durch den TÜV muss, dann würde sich meine Besitzerin über einen kleinen Zuschuss freuen:

Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg e.V. / Sparkasse Uelzen Lüchow-Dannenberg / Konto: 0044060721 / BLZ: 25850110 / Stichwort „MMKW soll leben!“

Wir sehen uns! Es war und ist mir eine Ehre ein Teil von euch zu sein.

MMKW soll leben!

Meine neue stolze Besitzerin ist seitdem die Bürgerinitiative und die gab mir den Namen „Mobiler-Musik-Kampf-Wagen“, besser bekannt als MMKW. Von da an änderte sich mein Leben grundlegend. War ich früher im Speditionsgeschäft tätig, so liegt mein jetziges Aufgabengebiet nun im Umweltschutzbereich. Seit jenem Tag bin ich im Auftrage der Anti-AKW-Bewegung und speziell in der Auseinandersetzung um die Atomanlagen in Gorleben unterwegs. Ausgestattet mit einer leistungsstarken Lausprecheranlage, kompetentem

großartige Menschen. RednerInnen, MusikerInnen, ModeratorInnen. Menschen vieler Nationalitäten und jedes Alters. Als die Madsen-Jungs 2008 ihren Song „Du schreibst Geschichte“ dröhnten, wurde mir ganz warm um die Bremsbeläge und dann dachte ich: „MMKW, du musst durchhalten, es ist noch nicht geschafft!“ In 13 Jahren habe ich gesehen, wie Menschen eingekesselt die Nacht draußen verbringen mussten. Ich hörte die Hubschrauber über mir knattern. Ich fühlte die Ohnmacht und Verzweiflung in Laase, wenn der



Spendenkonto
Kontonummer: 0044060721
Bankleitzahl: 25850110
Sparkasse Uelzen Lüchow-Dannenberg

Bürgerinitiative Umweltschutz
Lüchow-Dannenberg
Rosenstraße 20 • 29439 Lüchow
Mo, Mi, Fr: 9 - 16 • Di, Do: 9 - 18
☎ 05841 - 4684
buer@bi-luechow-dannenberg.de
www.bi-luechow-dannenberg.de